Antrag 04

an die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien zur Tagung der Vollversammlung am 05.05.2021

der Wahlwerbenden Gruppe

FAIR UND TRANSPARENT

zum Thema

Elektronischer Impfpass muss freiwillig sein und abgemeldet werden können

Im Zuge der Corona-Pandemie soll ein elektronische Impfpass (oft auch digitaler grüner Nachweis/grüner Pass, etc. genannt) eingeführt werden. Im Gegensatz zu ELGA, der Elektronischen Gesundheitsakte, von dem jede/r Bürger/in sich teilweise oder auch gänzlich abmelden kann, ist derzeit keine Abmeldung für den elektronischen Impfpass möglich bzw. vorgesehen (gemäß Auskunft der ELGA Widerspruchsstelle).

Dies entspricht einer gesetzlich aufgezwungenen, unfreiwilligen Datenspeisung und Nutzung des derzeit vorgesehenen bzw. in Erarbeitung stehenden elektronischen Impfpasses und der nicht von der betroffenen Person zugestimmten Zur-Verfügungstellung höchstpersönlicher, schützenswürdiger Daten an voraussichtlich verschiedensten Stellen, z.B. Grenzkontrollen, im Konsum-, Gastronomie-, Hotellerie- und Veranstaltungsbereich, etc., wie derzeit diskutiert wird.

Auch wenn die digitale Unterstützung hilfreich sein kann, so darf nicht vergessen werden, dass es sich um höchstpersönliche Daten handelt, auf deren Schutz jeder Mensch Anspruch haben sollte, sie nicht weitergeben und auch nicht elektronisch speichern lassen zu müssen. Hierbei darf auch die steigende Cyber-Kriminalität und Beispiele von Datendiebstählen in der jüngsten Vergangenheit nicht vergessen werden.

Weiters wäre die Gefahr der Diskriminierung gegeben, zumal die Schutzwirkung einer Impfung oder Testung vor Verbreitung von Viren anderen Menschen gegenüber nicht bzw. nicht eindeutig nachgewiesen und eine Schutzwirkung für die eigene Person nicht vollständig gegeben ist. Ein datengestütztes Unterteilen der Bevölkerung und ggf. Benachteiligen bestimmter Personen oder Gruppen sollte kein Ziel solcher Projekte sein.

Die Ungleichbehandlung im Vergleich zu ELGA ist somit auch nicht nachvollziehbar und aus unserer Sicht auch nicht begründbar.

Medienberichten vom 05.03.2021 zu Folge hat die WHO ernste Bedenken gegen den sogenannten "Grünen Pass" erhoben (vgl. z.B. https://orf.at/stories/3204026/ und https://orf.at/stories/3204043/). Auch innerhalb der EU sind sich die Länder nicht einig, speziell die Datensensibilität, und ob sie ausreichend geschützt werden kann, bereitet vielen Experten Sorgen.

Aus der Vergangenheit wissen wir, dass der Beginn solcher Datensammlungen und -nutzungen in späterer Folge auch missbräuchlich oder hinterfragenswert angewandt werden kann (vgl. Vergangenheit: https://www.denkmalwien.at/rundgaenge/rundgang-wir-und-die-anderen/wiener-hauptgesundheitsamt_bzgl. "Wiener Erbdatei" und Gegenwart:_https://www.derstandard.at/story/2000091825174/2020-beginnt-in-peking-die-totalueberwachung_bzgl. Sozialkreditsystem in China).

Dass in der heutigen Zeit in Österreich hoffentlich niemand der Entscheidungsträger an solche Zustände anschließen möchte, setzen wir voraus. Doch große digitale Datensammlungen und Abrufmöglichkeiten, besonders so sensibler Daten wie Gesundheits-, Test- und Impfdaten, bergen ein hohes Risiko, in falsche Hände zu gelangen.

Das AK-Team FAIR UND TRANSPARENT beantragt deshalb:

Die Arbeiterkammer Wien setzt sich für eine gesetzliche Regelung ein, dass die Teilnahme am geplanten elektronischen Impfpass freiwillig ist und sich jede/r Bürger/in von der Erfassung, Nutzung und Weitergabe seiner/ihrer Daten im derzeit vorgesehenen elektronischen Impfpass (auch oft digitaler grüner Nachweis/grüner Pass genannt) analog zum ELGA-System abmelden kann. ■